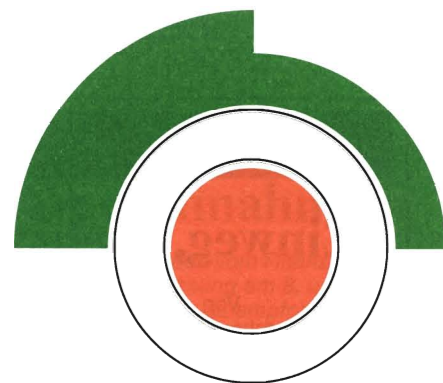


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 19



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 14.11.2000

WORT UND WIDERWORT

Kommt ein Pfand auf Dosen der Umwelt zugute?

Die Einführung eines Zwangspfandes stelle keinen eigenständigen ökologischen Wert dar. Die Androhung eines Zwangspfandes habe aber eine wichtige Lenkungsfunction, zum Beispiel als Sanktionsmittel gegen nicht-ökologische Verpackung und zur Eindämmung der Landschaftverschmutzung. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dr. Bernhard Kasperek**. Der CDU-Abgeordnete **Hans Peter Lindlar** bekräftigt, angesichts der Ergebnisse der Öko-Bilanz des Bundesumweltamtes habe ein Zwangspfand eine zweifelhafte Legitimation, wenn es auf einer starren Mehrwegquote beruhe. Eine starre Mehrwegquote sei ein Fetisch, der ökologisch und ökonomisch fragwürdig sei. Der FDP-Abgeordnete **Holger Ellerbrock** betont, wer Mehrweg wolle, dürfe kein Zwangspfand fordern. Die FDP spreche sich klar gegen ein Zwangspfand aus. Würde ein Zwangspfand eingeführt, müsste der Verbraucher durch eine Preisumlage für das jeweilige Produkt die Einführung eines Zwangspfandes zahlen. Der GRÜNE-Abgeordnete **Johannes Remmel** unterstreicht, ein Pflichtpfand für alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen, also Dosen, Einmalgläser und die so genannten PET-Verpackungen, sei sinnvoll. Damit werde dem wachsenden Dosenberg und der Verschandelung der Landschaft und Städte Einhalt geboten. (Seite 2)

Koalition stützt den Bielefelder Polizeipräsidenten Opposition fordert Entlassung

Die CDU hat am 10. November in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde den Innenminister des Landes aufgefordert, den Bielefelder Polizeipräsidenten Horst Kruse zu entlassen. Sie stieß damit auf strikte Ablehnung.

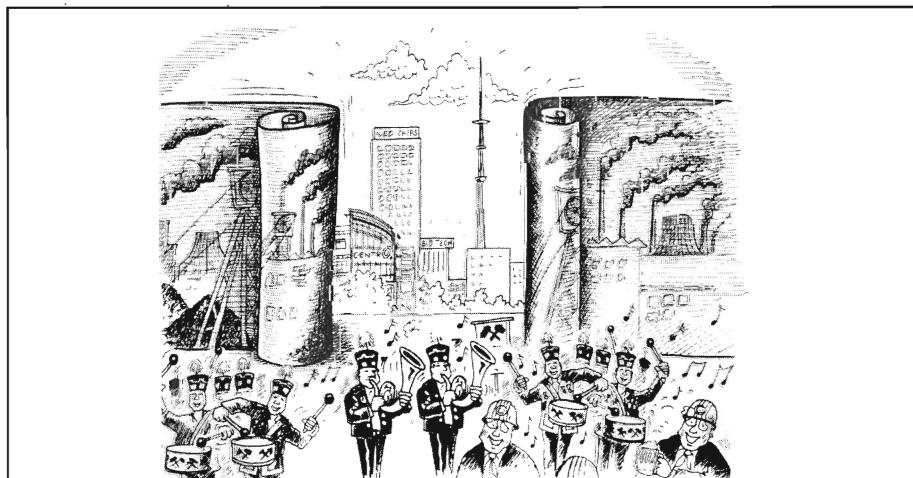
Es sei Pflicht des Innenministers einzugreifen, wenn er sehe, dass ein Polizeipräsident unfähig sei, erklärte CDU-Sprecher Theo Kruse. Er hielt dem Polizeipräsidenten u. a. Diskriminierung und Mobbing von Mitarbeitern vor.

SPD-Sprecher Frank Baranowski bezeichnete die bewusste Umkehr der Unschuldsvermutung zum Zweck der politischen Kampagne durch die CDU als „unerträglich in einem Rechtsstaat“.

Für die FDP entgegnete Horst Engel, das habe nichts mit einer Kampagne zu tun. Polizeipräsident Kruse sei nicht mehr zu halten. Die GRÜNE-Abgeordnete Monika Düker erinnerte daran, es gehe um die Versetzung des Leiters des Kriminalkommissariats 14 beim Polizeipräsidium Bielefeld. Dies sei eine dienstrechtliche Angelegenheit, die sich nicht eigne, in einer Aktuellen Stunde diskutiert zu werden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) be-

kräftigte, die Polizei in Bielefeld liefere eines der hervorragendsten Beispiele dafür, dass ein liberales, modernes Sicherheitskonzept zur Spitzenbewertung in der Kriminalitätsbekämpfung führe. Das Drogenkonzept der Stadt Bielefeld werde seit 1993 als beispielgebend bundes- und landesweit gefeiert.



Altes und neues Ruhrgebiet

Die Woche im Landtag

Nachtragshaushalt

Der Landtag hat den Nachtragshaushalt 2000 in dritter Lesung mit den Stimmen der Koalition verabschiedet. (Seite 3)

Pogromnacht

Der Landtagspräsident hat die Pogromnacht am 9. November 1938 als einen der schlimmsten Momente deutscher Geschichte bezeichnet. (Seite 5)

Liegenschaftsbetrieb

Im Hearing über den Liegenschaftsbetrieb NRW forderten Hochschulvertreter einmütig, ihre Flächen und Gebäude selbst zu verwalten. (Seite 7)

Jugendschutz

Auf großes Echo in russischen Medien ist der Besuch von NRW-Jugendschutzexperten, darunter Jürgen Jentsch (SPD), gestoßen. (Seite 8)

Steinkohle

Mit der Landesregierung wird es nach den Worten des Ministerpräsidenten im Steinkohlenbergbau keine betriebsbedingten Kündigungen geben. (Seite 11)

Givat Haviva

„Kinder schreiben für den Frieden“ heißt ein Buch, das die israelische Institution Givat Haviva im Landtag vorstellte. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Einweg, Mehrweg, Zwangspfand und das Für und Wider

Von
Dr. Bernhard Kasperek

Die Verpackungsverordnung unterscheidet Getränkeverpackungen in Einweg- und Mehrwegverpackungen. Für verschiedene Arten von Getränken schreibt sie bestimmte Mehrwegquoten vor. Da für einzelne Getränkearten die vorgeschriebene Mehrwegquote von 72% bereits längerfristig nicht erreicht wird, sieht der Verordnungsvollzug für diese Getränke jetzt ein Zwangspfand vor. Damit soll Mehrweg gestärkt werden.

Sowohl die Forderung nach einer Absenkung der Mehrwegquote als auch der schlichte Vollzug der Verpackungsverordnung werden aber weder ökologisch noch ökonomisch dem Verpackungsproblem gerecht. Bei einer Änderung der Verpackungsverordnung dürfen nicht jene belohnt werden, die nichts getan haben und ein Teil derer jetzt auf eine zahllose Änderung der Verpackungsverordnung drängt.

Eine ökologisch zielgerichtete und ökonomisch vernünftige Novelle der Verpackungsverordnung

SPD: Verpackungsverordnung ökologisch novellieren

muss zukünftig für ökologisch vorteilhafte Verpackungen sorgen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur gesamtökologischen Bewertung von Verpackungs- und Logistiksystemen und die inzwischen vorhandenen Recyclingtechnologien sind umzusetzen. Jeder innovativen Verpackungsart, die ökologisch mit bewährten Mehrwegsystemen gleichziehen kann, sind die Wege zu öffnen. Die derzeitige Verpackungsverordnung mit ihren starren Regelungen ist deshalb weder innovativ noch umweltfreundlich. Sie muss deshalb ökologisch wirksam novelliert werden.

Die Landschaftverschmutzung durch weggeworfene Getränkeverpackungen ist dringend einzudämmen.

Bei der Lösung der Verpackungsprobleme geht es nicht um Prinzipienreiterei. Wir brauchen vernünftige und praktikable Regelungen. Moderne freiwillige Vereinbarungen sind hierbei ein wichtiger Baustein. Die Einführung eines Zwangspfandes stellt keinen eigenständigen ökologischen Wert dar. Die Androhung eines Zwangspfandes hat aber eine wichtige Lenkungsfunction, z.B. als Sanktionsmittel gegen nicht ökologische Verpackung und zur Eindämmung der Landschaftverschmutzung. Als ein Baustein in einem Konzept, das auf verbindliche und nachprüfbar Zielvorgaben setzt, wird man hierauf nicht verzichten.

Von
Hans Peter Lindlar

Rund 70 Prozent der in Deutschland verkauften Getränke werden in Pfandflaschen abgefüllt - das ist Europarekord. Ökobilanzen des Umweltbundesamtes haben ergeben, dass der PE-Schlauchbeutel für Milch, der Getränkekarton als Einwegsystem sowie die PET-Flasche für Getränke als Mehrwegflasche ökologisch gleichwertig mit Glas-mehrwegflaschen sind. Deshalb ist zu prüfen, ob diese zum Teil mit dem blauen Engel ausgezeichneten Verpackungen nicht der Mehrwegquote zugerechnet werden sollten, bevor man die Verbraucher mit dem Zwangspfand belastet.

Es ist unstrittig: Die Hersteller von Getränkekartons haben in den vergangenen Jahren große ökologische Fortschritte erzielt. Gleiches gilt für das Recycling von Getränkeverpackungen. Dazu hat die deutsche Entsorgungswirtschaft in den vergangenen Jahren ein funktionierendes und flächendeckendes Sammelsystem aufgebaut.

CDU: Mehrwegquote kein Tabu

Vor diesem Hintergrund wird klar: Eine starre Mehrwegquote verkommt zum Fetisch, führt nicht zu mehr Umweltschutz. Deshalb ist der Beschluss der Umweltministerkonferenz, ein Zwangspfand auf ökologisch nachteilige Verpackungen, vor allem Dosen, zu erheben, differenziert zu bewerten. Für diese Entscheidung spricht die ständig zunehmende Vermüllung unserer Städte und Landschaften. Ein Zwangspfand könnte ein Zeichen gegen unsere leichtfertige Wegwerfgesellschaft sein. Es könnte den Einzelhandel veranlassen, ökologisch nachteilige Verpackungen auszulisten.

Gegen das Zwangspfand sprechen die hohen Kosten, die auf den Einzelhandel bei der Einführung der Rücknahmesysteme zukommen. Sind diese Systeme erst einmal installiert, könnte das sogar zu einem weiteren Schub in Richtung Dose führen.

Angesichts der Ergebnisse der Ökobilanz des Bundesumweltamtes hat ein Zwangspfand eine zweifelhafte Legitimation, wenn es auf einer starren Mehrwegquote beruht. Wenn die Mehrwegglasflasche und der Getränkekarton ökologisch gleichwertig sind, kann der Getränkekarton in die Mehrwegquote einfließen - und zwar, ohne die Mehrwegquote zu erhöhen. Eine starre Mehrwegquote ist ein Fetisch, der ökologisch und ökonomisch fragwürdig ist.

Von
Holger Ellerbrock

Wer Mehrweg will, darf kein Zwangspfand fordern. Die FDP spricht sich klar gegen ein Zwangspfand aus. Würde ein Zwangspfand eingeführt, müsste der Verbraucher durch eine Preisumlage für das jeweilige Produkt die Einführung eines Zwangspfandes zahlen. Denn es ist damit zu rechnen, dass der Aufbau einer Rücknahmelogistik für Einweggetränkeverpackungen zwischen vier und fünf Milliarden DM kosten wird.

Der Handel wird so dem logistisch leichter zu handhabenden und ökonomisch günstigeren Einwegsystem den Vorzug geben. Mehrweg würde daher durch ein Zwangspfand „ausgelistet“ und damit Zug um Zug aus den Regalen verschwinden. Zudem würde das Zwangspfand den freien Warenverkehr innerhalb der

FDP: Zwangspfand behindert freien Warenverkehr

EU behindern. Einweggetränkeverpackungen müssten, um den „Pfandtourismus“ von nicht pfandpflichtigen europäischen Nachbarn nach Deutschland zu vermeiden, extra für den deutschen Markt gekennzeichnet werden.

Auch eine Studie des anerkannten Instituts Prognos bestätigt die Einschätzung der FDP, dass ein Zwangspfand weder flexibel noch umweltpolitisch bzw. umweltökonomisch lenkend wirkt; vielmehr wird es zu Fehlinvestitionen führen. Darüber hinaus sieht die Studie eine flexiblere Bandbreiten-Erweiterung der Mehrwegquote vor.

Es ist dringend geboten, verlässliche Rahmenbedingungen für die Verbraucher ebenso wie für Handel, Industrie und Entsorgungswirtschaft zu schaffen. Eine ökonomisch vernünftige, ökologisch ausgereifte und EU-konforme Lösung, die eine Flexibilisierung der Mehrwegquote beinhaltet, muss mit allen Beteiligten praxisorientiert gesucht werden. Von einem Schnellschuss in Form eines Zwangspfandes ist daher nachdrücklich abzuraten.

Von
Johannes Rimmel

In Deutschland werden jedes Jahr drei Milliarden Liter in Getränkedosen verkauft. Nebeneinander aufgereiht, würde sich die Dosenkette zehnmal um die Erde wickeln. Allein in diesem Jahr wurden 183 Millionen Bierdosen mehr verkauft.

Der anhaltende Abwärtstrend des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen unter 72 Prozent seit Inkrafttreten der Verpackungsverordnung zeigt, dass die von der Wirtschaft eingegangene Selbstverpflichtung nicht eingehalten wird. Die von CDU/CSU und FDP verabschiedete Verpackungsverordnung von 1991 schreibt in diesem Fall ein Zwangspfand vor. Danach müsste aber beispiesweise nur für Bierdosen, aber nicht für Cola-Dosen ab Sommer 2001 Pfand erhoben werden. Das ist weder ökologisch noch der Öffentlichkeit vermittelbar. Auch wäre es vollkommen falsch, einfach die Mehrwegquoten zu senken und damit die Nicht-Einhaltung der Selbstverpflichtung noch zu bejahren.

Umweltministerbeschluss der richtige Weg

Die von der Umweltministerkonferenz über Parteigrenzen hinweg gefundene Lösung zur Verbesserung der Verpa-

GRÜNE: Dosenflut wirksam bekämpfen

ckungsverordnung ist notwendig und wird von den kommunalen Spitzenverbänden und den mittelständischen Brauereien und dem Getränkefachhandel unterstützt. Ein Pfand für alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen, die als ökologisch nachteilig beurteilt werden, also Dosen, Einmalgläser und die so genannten PET-Verpackungen, ist sinnvoll. Damit wird dem wachsenden Dosen-Berg und der Verschandelung der Landschaft und Städte Einhalt geboten. Und es gibt Anreiz, wieder vermehrt zu Mehrweg zu greifen.

Mittelständische Arbeitsplätze werden erhalten

Mit der Änderung werden insbesondere Arbeitsplätze in der kleinen und mittelständischen Brauerei- und Getränke-Wirtschaft erhalten. Wer sich den Schutz des Mittelstands auf die Fahnen schreibt, der muss auch die Milliarden berücksichtigen, die v.a. mittelständische Unternehmen in den vergangenen Jahren, im Vertrauen auf die geltende Regelung, in Mehrwegsysteme investiert haben. Diese Unternehmen haben Kosten in Kauf genommen und dürfen nicht durch Billigangebote in Dosen vom Markt gedrängt werden.

Vorrang der Vermeidung stärken

Bei der Novellierung der Verpackungsverordnung setzen wir uns darüber hinaus für das Ziel ein, den im Abfallgesetz und in der Verpackungsverordnung vorgegebenen Vorrang der Vermeidung und Wiederverwertung vor der stofflichen Verwertung noch stärker zu verankern, sodass z. B. Logistik-Systeme wie das Glas-Recycling von Weinflaschen verstärkt zum Einsatz kommen.

Helmut Diegel (CDU) begründete die Ablehnung des Nachtragshaushalts mit der Bildung der Rücklage, der globalen Minderausgabe in Höhe von rund 400 Millionen Mark und mit dem Hin und Her um die Oddsetwetten. Bei der Rücklage handele es sich um die Probleme im Haushalt 2001. Dafür hätten die neuen Kredite um 2,3 Milliarden Mark gekürzt werden können. Für die Neuverschuldung werde eine Zinslast von 150 Millionen Mark in das neue Jahr verschleppt, davon zusätzlich 50 Millionen aus der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen. Das sei nicht seriös. Im November noch 400 Millionen Mark Minderausgaben einzuplanen, lasse darauf schließen, dass das Geld noch nicht verausgabt sei. Das müsse titelscharf dargestellt werden. Die Einnahmen aus Oddsetwetten seien gebunden für soziale und kulturelle Zwecke und dürften nicht als Deckungsmittel für den Haushalt dienen. SPD und GRÜNE hätten zwar „umgeschwitcht“. Aber man habe die Pferderennvereine vergessen. Die Lücke von fünf Millionen Mark durch die Oddsetwette werde auch vom Fachministerium anerkannt. Die Koalitionsfraktionen hätten ihre Zusage eines Ausgleichs nicht gehalten.

Ernst-Martin Walsken (SPD) bedauerte die Ablehnung der Rücklage durch die CDU, da die Rücklage angesichts von 5,5 Milliarden Mark Mindereinnahmen im nächsten Jahr durch die Steuerreform des Bundes vernünftig sei. Den von Diegel errechneten Zinsverlust gebe es nicht, da in der Höhe der Rücklage gar keine Kredite in Anspruch genommen werden müssten. Das nicht immer angenehme Instrument der globalen Minderausgabe habe die CDU bei den Haushaltsberatungen selbst beantragt. Erfreulich seien die Konzessionseinnahmen aus der Oddsetwette in Höhe von 48 Millionen Mark, die es zu verteilen gelte. Die gesetzlichen Vorschriften schlossen die Finanzierung von Haushaltspostitionen nicht aus. Durch diese 48 Millionen könnten gute Dinge, die seit Jahren schmorten, endlich finanziell bedient werden, die Sportstiftung, die Umweltstiftung, die Stiftung Kunst und Kultur. Auch über die fünf Millionen Mark für die Förderung von Chormusik sei er froh, denn seit Jahren rängen die Chormusiker darum, mit der Sportförderung gleichgestellt zu werden. Ein kleiner Wermutstropfen seien die Probleme der Trabrennvereine. Die SPD werde sich die Mindereinnahmen genau ansehen und stehe im Wort.

Angela Freimuth (FDP) sagte, die im Haushalt 2000, an dessen Beschluss die FDP

Opposition lehnt Nachtragshaushalt ab Koalition erfreut über Wetteinnahmen

Gegen die Stimmen von CDU und FDP verabschiedete der Landtag den vom Finanzminister eingebrachten Nachtragshaushalt 2000 (Drs. 13/150) nach der 2. Lesung am 8. und der 3. Lesung am 10. November mit den vom Haushalts- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen (Drs. 13/330). Er enthält eine Rücklage von 2,3 Milliarden Mark und 430 Millionen Mark mehr für die Kommunen. Die globalen Minderausgaben in allen Einzelplänen wurden um 13,2 auf 495 Millionen Mark heraufgesetzt. Als neuer Titel im Einzelplan 10 (Raumordnung/Umwelt) wurden ein „Zuschuss an die NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung“ in Höhe von sechs Millionen Mark Barmittel und ein Abschlag in Höhe von zehn Millionen Mark für das Stiftungskapital veranschlagt. Die „Sportstiftung NRW“ erhält 7,2 Millionen Mark mehr. Für die Förderung der Breitenkultur (Musik, Chöre) wurden fünf Millionen Mark bereitgestellt (im Kultusressort), für die Bekämpfung der Suchtgefahren eine Million Mark. Den CDU-Antrag, den Rennvereinen fünf Millionen Mark (aus den Konzessionseinnahmen) als Ausgleich für Mindereinnahmen aus der Oddsetwette zu bewilligen, lehnten SPD und GRÜNE ab. Sie setzten einen neuen Titel „Zuweisungen an Gemeinden für Grundschulen zur vorschulischen und schulischen Förderung in der deutschen Sprache für Kinder aus Migrantenfamilien“ ein, der wie folgt begründet wurde: „Mit dem Ende des ersten Schuljahres sollen möglichst alle Kinder die deutsche Sprache soweit beherrschen, dass sie dem Unterricht folgen können.“ Die beiden Mehrheitsfraktionen haben außerdem die Mittel zur Bekämpfung der Spielsucht um eine Million Mark erhöht, die durch Mehreinnahmen aus Zweckerträgen der Oddsetwetten gedeckt sind.

noch nicht beteiligt gewesen sei, falsch gestellten Weichen hätten niemals ihre Zustimmung gefunden. Bei Minderausgaben und Mindereinnahmen verwundere, wie Gelder von der einen auf die andere Seite geschoben würden. Ob diese nicht von Anfang an unzutreffend angesetzt worden seien, um die Regierung Gestaltungsspielräume am Parlament vorbei zu eröffnen, fragte sie und hielt das für keine gute Tradition. Wetteinnahmen sollten nicht leichtfertig verplant und die Oddsetwette als Melkkuh angesehen werden, denn ein Rückgang hätte dann ein Haushaltsdefizit zur Folge. Alle sollten vorsichtig mit diesen Glücksspielen umgehen. Verschiebebahnhöfe, wie laut Nachtragshaushalt vorgesehen, werde die FDP nicht mitmachen. Wichtige Korrekturen im Bildungs- und Verkehrsbereich fielen der rot-grünen Stillstandspolitik zum Opfer.

Edith Müller (GRÜNE) erwähnte 1,2 Millionen Mark für Deutschunterricht für Migrantenkinder vor Eintritt in die Schule als gutes Zeichen. Auch die eine Million zur Bekämpfung der Spielsucht werde von den GRÜNEN unterstützt. Ein Herzenswunsch der GRÜNEN sei auch, mehr Wetterträge nicht nur für Sport und Kultur, sondern auch für Umwelt und Entwicklung auszugeben. Mittelfristig wollten sie die Beträge angleichen. Die Stiftung Umwelt und Entwicklung sei ein Haupttreffer. Das große Los müsse noch gezogen werden. Beim Stichwort Förderung

der Breitenkultur stelle sie den Antrag, dem Staatsminister für Kultur Naumann eine Rückfahrkarte von Berlin nach Düsseldorf zu bewilligen, damit er sich von der kulturellen Vielfalt in NRW überzeugen könne.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hielt Vorsorgepolitik im Haushalt für vernünftig und die vom CDU-Sprecher errechneten Zinersparnisse für horrenden Blödsinn. Die 2,3 Milliarden Mark Rücklagen setzten sich aus dem Überschuss aus 1999, Steuer Mehreinnahmen, Rückzahlung aus dem Länderfinanzausgleich, globalen Minderausgaben und sonstigen Einsparungen zusammen. Die 400 Millionen Mark Minderausgaben erkenne er aus der Haushaltsstatistik seit August. Sie seien ein Indiz für sehr diszipliniertes Ausgabeverhalten aller Ressorts. Den Rennvereinen solle geholfen werden. Aber mit den Oddsetwetten hätten ihre aktuellen Schwierigkeiten nichts zu tun, sondern mit Änderungen bei der Körperschaftsteuer und wegen der Entwicklung bei der Totalisatorsteuer.

Ewald Groth (GRÜNE) lobte die 431,5 Millionen Mark Nachschlag für die Kommunen und bedauerte die 50- zu 50-Aufteilung auf Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale. Bei 100 Prozent Schlüsselzuweisungen wäre Gemeinden mit unausgeglichem Haushalt mehr geholfen worden. Trotz des Nachtragsgeldsegens müssten die Kommunen weiter sparen und maßhalten.



Die ablehnende Haltung der beiden Oppositionsfraktionen zum Nachtragshaushalt wurde von der SPD bedauert, die sich wie auch ihr GRÜNE-Koalitionspartner über das Verteilen zusätzlicher Einnahmen aus Wettkonzessionen freute, v. l. Helmut Diegel (CDU), Ernst-Martin Walsken (SPD), Angela Freimuth (FDP), Edith Müller (GRÜNE), Minister Peer Steinbrück (SPD).
Fotos: Schäfer

Aktuelle Stunde „Keine Drogenpolitik durch Schlagzeilen“

Schutz der Gesundheit statt Recht auf Rausch

In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 9. November über das Thema „Keine Drogenpolitik durch Schlagzeilen – Bekämpfung des Drogenmissbrauchs ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“.

Michael Scheffler (SPD) sagte, auf verharmlosende Berichte über Kokain an spielend, Sucht sei eine Krankheit, vor der Kinder und Jugendliche geschützt werden müssten. Er zählte drei Säulen der NRW-Drogenpolitik auf. Prävention bestehe aus angstfreier Aufklärung und Erziehung der Jugend zu starken Persönlichkeiten. Hilfe für Süchtige leiste ein dichtes Netz von Angeboten. Gegen kriminelle Drogenhändler griffen Polizei und Justiz energisch durch. NRW habe als erstes Land Methadon für Abhängige eingesetzt. Für legale Drogenräume habe sich nun auch der Präsident der Ärztekammer Westfalen ausgesprochen. Die CDU solle endlich ihren drogenpolitischen Fundamentalismus beenden.

bung, auch verharmlosende Medienberichte über Deutschland als verkokoste Gesellschaft regten zur Nachahmung an. Sie erzeugten aber auch wichtiges öffentliches Interesse.

Barbara Steffens (GRÜNE) meinte, Sucht sei nicht das Problem einer Randgruppe, sondern ein Massenphänomen. Fast alle Menschen gingen täglich mit Suchtmitteln um. Süchtiges Verhalten am Computer könne auch persönlichkeitszerstörende Folgen haben. Viele Topmanager bekämen Alkoholentzug auf Firmenkosten bezahlt und kehrten dann zurück. Die Debatte sei verlogen, wie der Fall Daum zeige. Wenn Prävention ernst gemeint sei, müssten Zigarettenautomaten verboten sein.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) berichtete von zwei Millionen Suchtkranken in NRW. Einschließlich Gefährdeter und Angehöriger sei jeder Vierte mit der Suchtproblematik konfrontiert. 1999 habe

Horst Vöge (SPD) sah im Beitrag des CDU-Kollegen Henke eine gemeinsame Linie und wollte die ganze Breite der Suchtproblematik debattieren. Auch über alkoholabhängige Lehrer sei zu sprechen und der Genuss legaler Drogen abzuwehren. NRW-Drogenpolitik sei facettenreich. Im Bereich der illegalen Drogen solle die CDU dem Weg folgen.

Rudolf Henke (CDU) beschrieb das Entstehen von Sucht in der Kindheit und warb für den autonomen Menschen als Leitbild, der sich von Rauschen und Süchten verschone. Ungewollte Drogenreklame und Schlagzeilen seien die wichtigsten Fehler bei der Prävention.

Jürgen Jentsch (SPD) hielt Gesetze für nötig, die den Zugang zum Nervengift Tabak erschwerten. Kinderpartys dürften nicht im Suff enden. Lehrer müssten bei Drogenhandel die Polizei einschalten. Über neue Töne bei der CDU sei er erfreut, die jetzt Fixerstuben und Heroinabgabe nicht mehr ablehne.

Dr. Stefan Romberg (FDP) sagte, der zunehmende Drogenkonsum sei alarmierendes Zeichen einer kränkelnden Jugend und der rot-grünen Politik. Im gesamten Rheinland gebe es dreizehn Entgiftungsplätze in der Jugendpsychiatrie. Den Jugendlichen müsse mehr soziale Verantwortung überlassen werden. Das stärke ihr Selbstbewusstsein.

Marianne Hürten (GRÜNE) stellte fest, den Konsumenten harter illegaler Drogen stünden zehnmal so viele Medikamenten-, 25-mal so viele Alkohol- und 180-mal so viele Nikotinabhängige gegenüber. Bei Frauen nehme die Ess- und Magersucht zu. Die GRÜNEN warteten mit Spannung auf Teil II des Landessuchtprogramms mit Antworten auf Probleme der großen Volksüchte.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bemerkte, Drogenpolitik sei keine Politik der inneren Sicherheit, sondern Gesundheitspolitik und müsse das bleiben. Die CDU diskreditiere teilweise rückwärts gewandt neue Wege.

Bodo Champignon (SPD) äußerte sich zufrieden mit der Diskussion und hoffnungsvoll, was eine gemeinsame Drogenpräventionsvereinbarung betreffe.

Hermann-Josef Arentz (CDU) forderte mehr Personal bei der Polizei für Fixerstuben.

Ministerin Birgit Fischer (SPD) zeigte sich überrascht von Äußerungen der CDU und erwähnte niedrigschwellige Angebote wie Straßensozialarbeit und Notschlafstellen als Teile des Netzes von Hilfen, die auch Verelendung durch HIV und Hepatitis umfassen, ferner Methadon, drogentherapeutische Ambulanzen, Konsumräume und drei stationäre Entgiftungsstätten mit Modellprojekten. Sie nehme das parteiübergreifende Diskussionsangebot an.



Überrascht von Aussagen des CDU-Kollegen äußerten sich Gesundheitspolitikerinnen und -politiker der SPD, v. l. Michael Scheffler (SPD), Rudolf Henke (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP), Barbara Steffens (GRÜNE), Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

Rudolf Henke (CDU) hielt die politische Diskussion für zu eng und die Prävention für zu schwach, etwa mit fünf Millionen Mark in NRW. Methadon und Fixerstuben seien Einzelfragen, die kommunal auch unterschiedlich beantwortet werden könnten. Ursachen für Drogenmissbrauch und Suchtphänomene hätten mit Verlust der Achtung vor den Mitmenschen und der Achtung vor sich selbst zu tun. Heroinvergabe unter ärztlicher Kontrolle könne konsequenter sein, als in den Fixerstuben zuzuschauen.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) sagte, von Sucht seien auch Angehörige, Freunde, Kollegen betroffen. Das Thema Drogen sei für die einen ein Tabu, für andere ein Reizthema mit Flair von Spaß, Geld und dem ultimativen Kick, aber auch von Elend und Gewalt. Den Utopisten einer Welt ohne Drogen stünden zunehmend Streiter für ein Recht auf Rausch und Legalisierung aller Drogen gegenüber. Für viele Menschen sei die Hast von Erfolg zu Erfolg immer in Topform ohne chemische Substanzen kaum noch zu schaffen. Die FDP unterstütze die Angebote für Schwerstabhängige. Fixerstuben dürften aber nicht wie in Bielefeld zum rechtsfreien Raum werden. Nicht nur schamlose Wer-

es 422 Drogentote in NRW gegeben, im ersten Halbjahr 2000 219. Die CDU auf Landesebene ignoriere Erfolge wie in Frankfurt mit Drogenkonsumräumen, wo deutlich weniger Tote zu beklagen und die Beschaffungskriminalität zurückgedrängt worden sei. Die Arbeit der Drogenhelfer, Polizei, Justiz und Gesundheitsbehörden sei anzuerkennen. Unterschiedliche Sachverhalte dürften nicht verquickt werden.

Hermann-Josef Arentz (CDU) lobte die Themenstellung, weil sie deutlich mache, dass es nicht um akzeptierende Drogenarbeit gehe, sondern dass die Gesellschaft als Ganzes sich wehren müsse gegen den Missbrauch von Drogen. Das sei ein klarer Fortschritt. Er wolle aus dem unfruchtbaren parteipolitischen Hickhack heraus, sagte Arentz und formulierte Grundsätze: Der Staat sei nicht für die Glückseligkeit zuständig. Er verbiete Drogen aus Sorge um die Gesundheit seiner Bürger. Drogenabhängigkeit sei Unfreiheit für den Einzelnen und eine schlimme Verletzung der Menschenwürde, weil er Selbstbestimmung außer Kraft setze. Die CDU wolle die Schulen als raucherfreie Zonen und offen über das Drogenproblem reden.

Erklärung des Landtagspräsidenten zur Pogromnacht am 9. November 1938

Schlimmster und beschämendster Moment deutscher Geschichte

Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 gehöre zu den schlimmsten und beschämendsten Momenten der deutschen Geschichte. Natürlich: Im Vergleich zu dem, was noch kommen sollte, sei sie nur ein Vorbote gewesen. Zu diesem Schluss kam Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 9. November in seiner Erklärung im Plenum des Landtags aus Anlass des 62. Jahrestages des Pogroms.

Der Präsident betonte unter anderem, der 9. November 2000 sei so beschämend auffällig, weil er in eine Zeit falle, in der neben der Zunahme rechtsextremistischer Gewalt auch eine Zunahme an Gewalt stattfinde, die eindeutig den Antisemitismus, den Judenhass, verfolge. Man müsse heute, 62 Jahre später, den Pogrom des 9. November 1938 in Verbindung bringen mit dem jüngsten Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge der jüdischen Gemeinde vor wenigen Wochen sowie weiterer Anschläge gegen jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten. „Und wir müssen heute nach diesen Anschlägen die verständliche, aber für uns Deutsche durch und durch schmerzende Frage von Paul Spiegel vernehmen, ob es richtig war, den jüdischen Gemeinden zu empfehlen, in Deutschland zu bleiben bzw. in dieses Land zurückzukommen. Mich persönlich haben diese Zweifel von Paul Spiegel zutiefst erschüttert“, stellte Schmidt fest. Das herausragende Kennzeichen des Pogroms seien die in ganz Deutschland brennenden Synagogen gewesen. „Hier wurde ganz bewusst ein Tabubruch inszeniert. Die Respektlosigkeit vor dem Heiligtum, der sich gegen eine Minderheit austobende Atheismus waren das unübersehbare Symbol des Umstoßens aller Werte.“ Der Terror des 9. November und der darauf folgenden Tage sei eine von Staat und NSDAP gelenkte, von langer Hand und bis ins Detail vorbereitete Verwüstungs- und Verhaftungswelle gewesen. Der Pogrom gegen die Juden sei ein entscheidendes Glied

in der Kette des Schreckens gewesen, die zur Ausgrenzung und schließlich zur Vernichtung der Juden in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt führen sollte. „Mit dem 9. November wurde aus der Denunziation die Deportation.“

Erinnerung und Gedächtnis

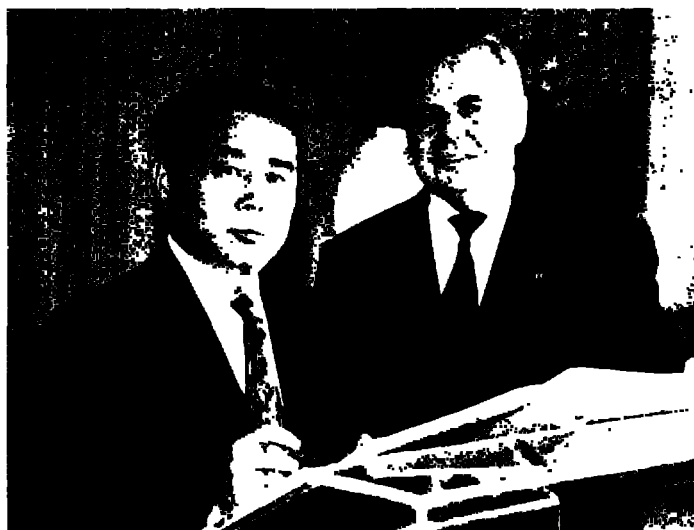
Erinnerung und Gedächtnis — das heiße im Zusammenhang mit der Pogromnacht des 9. November 1938: Gedenken an die Opfer. Es bedeute, die Entwürdigten wieder ins Recht zu setzen. Es bedeute aber auch Erinnerung an die Taten und die Täter. Für ihn sei jede Form des Erinnerns richtig, die unseren Kindern und Enkeln die Verantwortung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde nahe bringe, und für ihn sei alles falsch, was den Charakter von Pflichtübung und Alibiveranstaltung habe, sagte der Präsident und folgerte: „Dabei ist das Allerwichtigste, unsere jungen Menschen zu erreichen und ihren Blick dafür zu schärfen, woran man Rassismus und Totalitarismus in den Anfängen erkennt. Denn im Kampf gegen diese verheerenden Phänomene kommt es vor allem auf rechtzeitige Gegenwehr an.“

Er wisse, dass die Schulen in dieser Frage schon Beachtliches geleistet hätten. Viele Lehrerinnen und Lehrer seien wahrlich mit Herzblut bei der Sache. Aber es lohne sich, hier noch weiter nachzudenken. Die theoretische Darstellung von Totalitarismus und Rassismus reiche gewiss nicht aus, und wahrscheinlich reiche nicht einmal die Statistik des Grauens aus, die Zahl der in den Gaskammern Vernichteten oder die Höhe des Berges der Brillen, die die Opfer zurückgelassen hätten. „Aber vielleicht verstehen Jugendliche besser als Erwachsene: die Trennung der Kinder von ihren Eltern, das Leben der Kinder in den Lagern und ihre Ängste dort, der Verlust von Spielkamera-

den und das Gemiedenwerden, die Wegnahme der Radiogeräte bis hin zu den Haustieren.“

Der Präsident fuhr fort, was ihm zusätzlich wichtig erscheine, die Erinnerung wachzuhalten, um frühzeitig die Gefahren zu erkennen, sei der persönliche Besuch einer der zahlreichen Gedenkstätten und die damit verbundenen erschütternden, unvergesslichen Eindrücke, die man keinem Jugendlichen verwehren sollte. Auschwitz sei das Symbol, das Synonym für den Holocaust. Sicherlich könnten nicht alle Schüler aus NRW nach Auschwitz fahren, so wie es der Ministerpräsident dankenswerterweise im Rahmen seines Polen-Besuchs am 1. September mit einer Schulklasse getan habe. Aber Judenvernichtung habe auch in Buchenwald, Bergen-Belsen und Sachsenhausen stattgefunden, wo es heute Gedenkstätten gebe. Und wer zur Klassenfahrt ins begehrte München fahre, dem sollten die wenigen Kilometer nach Dachau nicht zu weit sein.

Schmidt empfand es als ermutigend, wie sehr sich Schulklassen mit Aktionen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu Wort meldeten und damit das „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage — gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ unterstützten. Er hoffe sehr, dass dieses Bündnis zumindest ein Teil der Antwort auf Paul Spiegels zweifelnde Frage sei. „Denn wir stehen für ein menschliches, weltoffenes und tolerantes Deutschland, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in diesem Land, ungeachtet ihrer Hautfarbe, Weltanschauung und Religion. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir für die Bürger jüdischen Glaubens eine besondere Verantwortung haben, damit sie sicher und frei von Ängsten mit uns leben können. Wir sind froh und dankbar, dass es die jüdischen Gemeinden, die jüdische Kultur in Deutschland gibt, ebenso wie den Zentralrat der Juden in Deutschland, und das seit nunmehr 50 Jahren“, schloss der Landtagspräsident.



Die neuen Abgeordneten der GRÜNEN, Sybille Haußmann aus Düren und Jamaï Karsli aus Recklinghausen, hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Landtag am 8. November verpflichtet (Bild links). Sie sind die Nachfolger der aus dem Landesparlament ausgeschiedenen Kabinettsmitglieder der GRÜNEN, Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper. — Der japanische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Tatsuo Toda, hat dem Landtag am 9. November einen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen worden (Bild rechts).
Fotos: Schälte



Der flämische Ministerpräsident Patrick Dewael (Mitte) kam zu Gesprächen in den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik. l. Landtagsvizepräsidentin Edith Müller (GRÜNE), r. Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE).
Foto: Schälte

Flämischer Präsident: „Konstitutionelle Regionen“ sollen stärkeren Einfluss in der EU erhalten

Die Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik Ute Koczy (GRÜNE) begrüßte in der Sitzung am 2. September den flämischen Ministerpräsidenten Patrick Dewael, der vom NRW-Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Detlev Samland begleitet wurde. Sie befürwortete die von Flandern ergriffene Initiative zur verstärkten Zusammenarbeit der „Konstitutionellen Regionen“ und betonte, die Regionen müssten an europäischen Entscheidungen mehr beteiligt werden.

Ministerpräsident Dewael unterstrich in seinem Referat vor dem Ausschuss, keine andere Region in Europa sei für den Export Flanderns so wichtig sei wie Nordrhein-Westfalen. NRW habe einen entscheidenden Anteil am Warenumsatz des Hafens von Antwerpen. Insbesondere mit dem Duisburger Hafen gebe es eine privilegierte Partnerschaft. Die Wiederaufnahme der Eisenbahnverbindung zwischen dem Antwerpener Hafen und dem Ruhrgebiet („Eiserner Rhein“) biete neue Perspektiven zum schnelleren Transit und Export von Waren ins Ruhrgebiet und in die neuen Absatzmärkte in Mitteleu-

ropa. Diese Eisenbahnverbindung könne eine umweltfreundliche Alternative für die überlasteten Straßenverbindungen darstellen. Flandern sei davon überzeugt, dass die „Internationale Vergleichstudie über mögliche Alternativverbindungen zwischen Antwerpen und dem Ruhrgebiet“ im Frühjahr 2001 verfügbar sei. Die politischen Entscheidungen könnten dann schnell folgen. Er gehe davon aus, dass der „Eiserne Rhein“ auf der historischen Trasse fahren werde. Zur Rolle der Regionen in der Europäischen Union betonte der flämische Ministerpräsident, dass Flandern auch in Zukunft für die

gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung der EU als wichtige Ziele eintreten werde. Beide Entwicklungen dürften jedoch nicht dazu führen, dass die Eigenheiten und die Vielfalt der einzelnen Kulturgemeinschaften verloren gingen. Der zunehmende Einfluss Europas auf die Befugnisse der Regionen habe dazu geführt, dass Flandern schon seit geraumer Zeit eine Aufwertung der Stellung und des Engagements der Regionen in der Union fordere. Am 20. September 2000 habe Flandern eine Ministerkonferenz mit Vertretern aus Deutschland, Österreich, Spanien und Belgien zu diesem Thema organisiert. Man habe dort ein Positionspapier verabschiedet, das eine deutliche Stärkung des Ausschusses der Regionen, eine Anerkennung der Regionen mit eigenen Gesetzgebungsbefugnissen als vollwertige Teilnehmer an den europäischen Institutionen sowie den angemessenen Respekt gegenüber der kulturellen Vielfalt der Regionen vorschläge. Für die nach Nizza folgende Regierungskonferenz werde eine deutlichere Definition der Zuständigkeiten der europäischen Gremien, eine Berücksichtigung der subnationalen Politik bei der Einführung des Subsidiaritätsprinzips sowie der Schutz von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse („Daseinsvorsorge“) gefordert. Er unterstütze die Diskussion und halte eine grundlegende konstitutionelle Debatte für notwendig, wie die Macht zwischen Europa, den Staaten und den Regionen aufgeteilt werden könne.

Ministerpräsident Dewael betonte die wichtige Rolle der Regionen bei der Vermittlung europäischer Politik gegenüber den Bürgern und erinnerte an die geringe Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen zum Europaparlament und die Diskussion vor dem Referendum über den Euro in Dänemark. Er unterstütze daher den Vorschlag, anstelle des heutigen Europaparlaments ein Zweikammersystem einzuführen. In einer ersten Kammer könnten — wie im heutigen Europaparlament — direkt gewählte Parlamentsmitglieder sitzen. Die zweite Kammer könnte aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammengesetzt sein, die durch die jeweiligen nationalen oder regionalen Parlamente gewählt oder abgesandt werden.

Der Ausschuss der Regionen (AdR) müsse zu einer vollwertigen Einrichtung im Rahmen der europäischen Gremien werden. Man müsse jedoch die heterogene Zusammensetzung des AdR überdenken, um dessen Schlagkraft zu erhöhen. Auch wenn nicht alle Reformvorschläge vor der nächsten Erweiterung der EU verwirklicht werden können, so unterstütze er doch das Vorhaben des belgischen Premierministers Guy Verhofstadt, während des belgischen Vorsitzes in der EU (zweite Hälfte 2001) eine richtungweisende Erklärung zur abschließenden Gestaltung Europas zu verabschieden. Die belgischen Regionen würden an der Ratspräsidentschaft beteiligt werden.

Nach zahlreichen Anmerkungen und Fragen der Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Ausschuss unterstrich Ministerpräsident Dewael noch einmal, die heterogene Zusammensetzung des AdR und die unterschiedlichen Zuständigkeiten in den europäischen Regionen machten gemeinsame Standpunkte schwer. Als gemeinsamen Nenner für so genannte „konstitutionelle Regionen“ sehe er an, dass diese über ein Parlament und eine Regierung verfügen müssten.

Auswertung der Anhörung Liegenschaftsbetrieb

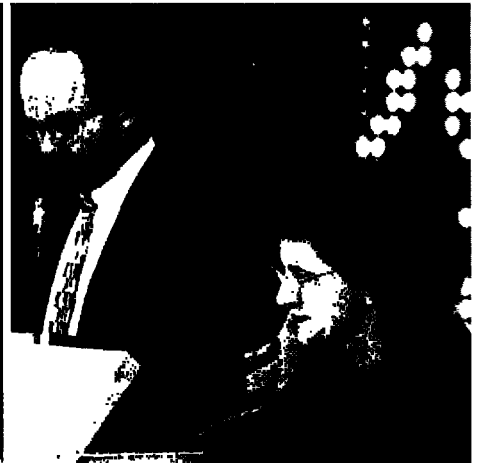
Finanzminister Peer Steinbrück übersandte am 7. November dem Landtag die vom Haushalts- und Finanzausschuss erbetene Auswertung der öffentlichen Anhörung (Bericht II Seite 7) zum Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens „Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW“ (Vorlage 13/230). Nachstehend einige Stellungnahmen aus der mit dem Städtebauministerium abgestimmten Auswertung.

Das Sondervermögen sei als zweckmäßigste Rechtsform angesehen worden. Personalräte und Berufsverbände hätten eine optimierte staatliche Verwaltung mit identischem Aufgabenfeld für alle Liegenschaften als Alternative (zur zentralen Verwaltung) vorgeschlagen. Die Landesregierung halte jedoch nur den eigenständigen Bau- und Liegenschaftsbetrieb für in der Lage, die öffentliche Immobilienbewirtschaftung nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen.

Minister Steinbrück teilt die Auffassung, dass Abgeordnete als Mitglieder des Verwaltungsrats die parlamentarische Kontrolle des Landesbetriebs nicht ersetzen könnten. Über einen besonderen Ausschuss entscheide der Landtag. Grundstücksveräußerungen unterlägen weiterhin der Kontrolle des Parlaments. Der Jahresabschluss des Landesbetriebs sei zu veröffentlichen.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb trete nicht als allgemeiner Wettbewerber am Markt für Planungs- und Beratungsleistungen auf. Das gelte auch für die Gebäudewirtschaft. Das Geschäftsfeld „Planen und Bauen“ sei Bestandteil des „Bewirtschaftens“ als Ziel des Landesbetriebs. Im Gesetz könnten nicht alle baupolitischen Ziele benannt werden, da diese sich in einem ständigen Wandel befänden.

Zur besonderen Problematik der Hochschulen und medizinischen Einrichtungen verweist der Minister auf den im Februar erteilten Auftrag, dazu Sonderregelungen für die Geschäftsfelder kaufmännisches, technisches und infrastrukturelles Facilitymanagement zu erarbeiten. Auch würden Sondervereinbarungen für medizinische Einrichtungen im Geschäftsfeld Planen und Bauen geprüft.



Den Gesetzentwurf der Landesregierung, ein Gutachten und rund drei Dutzend schriftliche Stellungnahmen hatten die haushaltspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen bereits zur Kenntnis bekommen, bevor sie die Vorträge der Sachverständigen anhörten, v. l. Edith Müller (GRÜNE), Anke Freymuth (FDP), Heimit Diegel (CDU); ebenso die Ausschussvorsitzenden Volkmar Klein (CDU, Haushalts- und Finanzausschuss), Gisela Walsken (SPD; Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen).

Fotos: Schälte

Nach den Sachverständigen aus Verbänden der freien Berufe und der Bauwirtschaft (Block I) und Gutachtern und Professoren (Block II) hatten die Abgeordneten jeweils Gelegenheit, Fragen zu stellen. Auf zum Beispiel die Frage des hochschulpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Dietrich Kessel, wie Marktmieten für im Grunde genommen nicht vermarktete Gebäude zu ermitteln seien, wies Professor Dr. Eichener auf das mögliche Verfahren von Kostenmieten hin, riet davon aber ab, weil das keine Anreize zum Sparen setzen würde. Er hielt den Interessenkonflikt des Landes zwischen Nutzung und Eigentum für lösbar, wenn das Eigentum den Nutzern übertragen würde, was bei Hochschulen am ehesten vorstellbar sei.

Die Erfahrungen in anderen Bundesländern waren Gegenstand von Stellungnahmen (Block III) im weiteren, von der Vorsitzenden des Städtebauausschusses Gisela Walsken (SPD) geleiteten Verlauf der Anhörung. Professor Dr. Jens Harms (Hessischer Rechnungshof) betonte, Sondervermögen bleibe Teil der Landesverwaltung, sei sinnvoll. Der Staat könne nicht privatisiert werden, solle aber Marktprozesse simulieren, um mit einem knappen Gut besser umzugehen. Auch Professor Harms hielt die (Haushalts-) Rechte des Parlaments für nicht ausreichend geregelt und empfahl einen Unterausschuss des Landtags.

Hubert Heimann (Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung Mainz) berichtete, in dem vor zwei Jahren gegründeten rheinland-pfälzischen Landesbetrieb seien Marktmieten vereinbart und damit betriebswirtschaftliche Steuerung ermöglicht worden. Er sah eher mehr Aufträge für private Architekten und Ingenieure bei Einhaltung der Vergabevorschriften. Die Zusammenfassung von Bau- und Liegenschaftsmanagement hielt er für gut. In Rheinland-Pfalz gehörten allerdings die Hochschulen nicht zum Landesbetrieb. Leitender Ministerialrat Hans-Otto von Gaertner (Mainz) trug Einzelheiten aus den zweijährigen Erfahrungen vor, woran sich wiederum Fragen der Abgeordneten anschlossen.

Für die Personalvertretungen (Block IV) vermissten für die Hauptpersonalräte des Städtebau- und des Hochschulministeriums Wolfram Sticht und Klaus Böhme die Berücksichtigung von Interessen der 7 000 betroffenen Beschäftigten, die auch in der

Anhörung zum Liegenschaftsbetrieb NRW (II) Hochschulen für eigene Bewirtschaftung

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) und der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen (ASW) führten am 26. Oktober eine öffentliche Sachverständigen-Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Errichtung eines Sondervermögens „Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW“ (Drs. 13/189) durch. Nachstehend Fortsetzung der summarischen Berichterstattung. Ein weiterer Bericht über Stellungnahmen, über die Auswertung der Anhörung und die abschließende Beratung im HFA erscheint in der nächsten Ausgabe. (Das Wortprotokoll der Anhörung [Ausschussprotokoll 13/97] kann zum Selbstkostenpreis von DM 10,90 beim Landtagsarchiv bezogen werden, Bestellung Tel. 02 11/8 84 24 39 oder Fax /8 84 30 38 oder E-Mail: archiv@landtag.nrw.de.)

Aufbauphase beteiligt werden müssten. Die staatliche Bauverwaltung mit ihrer 150-jährigen Tradition erfahre ein Begräbnis zweiter Klasse, sagte Sticht und meinte, es dürfe nicht nur um Haushaltsprobleme gehen. Böhme wies auf den politischen Willen zu weitestgehender Hochschul-Autonomie hin, der durch Übertragung des Eigentums an Gebäuden und Liegenschaften sinnvoll zu ergänzen sei. Der Gesetzentwurf müsse nachgebessert werden. Die Geschäftsfelder Planen und Bauen und Gebäudewirtschaft müssten ausdrücklich verankert werden. Carsten Nottebrock (Deutscher Beamtenbund NRW) äußerte sich skeptisch zum Versprechen der Arbeitsplatzgarantie, auch aufgrund bisheriger Erfahrungen, und sprach die Hoffnung auf Einbinden der Beschäftigten auch in den Verwaltungsrat aus. Sein Kollege Franz-Peter Charl setzte sich für die Fortdauer der gewählten Personalvertretungen über den 31.12.2000 hinaus ein, was dem Willen der Beschäftigten entspreche.

Werner Siggelkow (Deutsche Steuerwerkschaft NRW) befürchtete Nachteile für Sicherheit und Datenschutz bei wirtschaftlichem Handeln und forderte eine weiterhin getrennte Personalvertretung für die Steuerverwaltung. Bernd Vallentin (ÖTV NRW) dankte der Ausschussvorsitzenden Walsken und weiteren Abgeordneten für den vernünftigen Dialog über die Folgen des Landesbetriebs für die Arbeitnehmer. In NRW seien 80 Prozent der Hauptpersonalräte in der ÖTV organisiert, daher sei der Abstimmungsbedarf groß. Vallentin erwähnte einen Bauunterhaltungsstau von einigen Milliarden Mark in NRW, was für „Mangelverwaltung“ des neuen Landesbetriebs spreche, und forderte die Gesetzge-

ber auf, die Kolleginnen und Kollegen mit ins Boot zu nehmen. Falko Hübener (DAG NRW) beantragte die Umwandlung der staatlichen Bauverwaltung nach dem Landesorganisationsgesetz mit einem unbefristeten Kontrahierungszwang für die Landesdienststellen. Er hielt es für kurzfristig, nur die finanzielle Seite zu betrachten, und erinnerte an die Sachkunde des öffentlichen Personals.

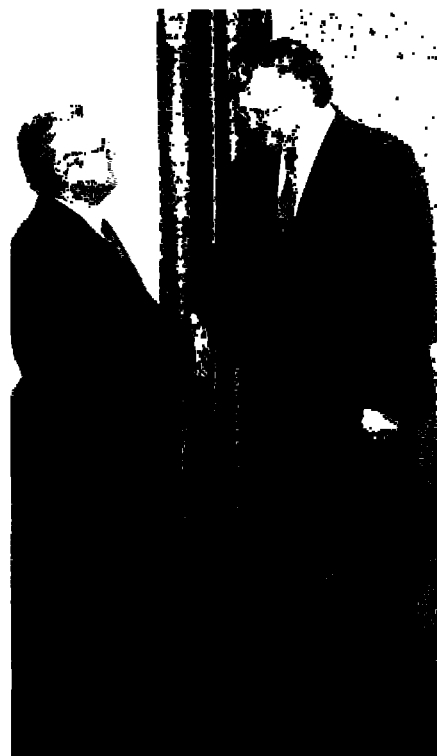
Als Sprecher der Kanzler der Universitäten und anderer Hochschulen sowie der Rektoren trug Ulf Pallme König vor, 60 Prozent der Landesliegenschaften lägen im Hochschulbereich und nahezu 80 Prozent davon seien unveräußerlich oder schwer veräußerbar, auch wegen der Mitfinanzierung durch den Bund und der Grundstücksübertragungen durch Städte. Das Grundkonzept des Gesetzentwurfs sei falsch. Hochschulen hätten eine besondere Rechtsstellung und könnten ihre Potenziale nur in Autonomie freisetzen. Zum Kabinetts-Auftrag, die Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen, gehöre die eigenverantwortliche Bewirtschaftung nicht nur des Hochschulpersonals, sondern auch der Flächen und Gebäude. Andernfalls liefe der Globalhaushalt ins Leere.

Dr. Rainer Ambrosy (Münster) wies für die Fachhochschulen auf deren Aufgabe hin, mit Exzellenz in Forschung und Lehre die Zukunft des Landes zu sichern und dafür auch Drittmittel einzuwerben, während ihnen gleichzeitig nicht zugetraut werde, ihre Liegenschaften zu managen. Er habe „heiligen Bürokratismus“ wegen ein paar Räumlichkeiten für die kurzfristige Informatikausbildung erfahren. „Nehmen Sie die Hochschulen von diesem Gesetz aus“, lautete seine Forderung.

Projekt „Kindereisenbahn“ in Russland

Auf ein großes Echo in den russischen Medien ist der Besuch von nordrhein-westfälischen Jugendschutzexperten, darunter der Gütersloher SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Jentsch, gestoßen. Die Gruppe informierte sich in Nizhny Novgorod, dem früheren Gorki, über Jugendeinrichtungen und führte mit hochrangigen Vertretern der russischen Seite zahlreiche Fachgespräche. Das Treffen zwischen der russischen Region und Nordrhein-Westfalen stand unter dem Motto „Neue Brücken bauen“. Dabei zeigte sich, dass beide Partner an einer weiteren intensiven Zusammenarbeit interessiert sind, um gemeinsame Lösungswege zu erarbeiten.

Wie ernst die russischen Partner die Probleme im Bereich des Kinder- und Jugendverhaltens nehmen, zeigte sich für den Landtagsabgeordneten unter anderem daran, dass bereits am ersten Tag die nordrhein-westfälische Delegation vom Präsidenten der Region Nizhny Novgorod, Anatoly Kozeradsky, zu einem einstündigen Gespräch empfangen wurde. Interviews für die abendliche Fernsehberichterstattung und für Tageszeitungen schlossen sich an. Dabei bedauerte die Chefredakteurin des staatlichen Regionalfernse-



Zusammenarbeit per Händedruck besiegelt: Jürgen Jentsch (l.) mit dem Präsidenten der Region, Anatoly Kozeradsky (r.).

hens, Olga Noskova, dass es aus ihrer Sicht nicht genügend Geld und Unterstützung seitens der Parlamentarier in Russland für gute Jugendsendungen gebe. Auch im russischen Fernsehen gibt es schon in den Nachmittagsendungen für Kinder brutale Gewaltszene zu sehen. Anders als hierzulande, so Jentsch in seinem Fazit des mehrtägigen Besuchs, sind

in Russland Ansätze zur Vermittlung von Medienkompetenz für Kinder und Jugendliche noch wenig entwickelt. Darum stießen die Erfahrungsberichte und Projekte, über die die Fachleute aus NRW referierten, auf großes Interesse.

Auch die russische Seite stellte Initiativen vor, darunter das seit längerem schon bestehende Jugendprojekt „Kindereisenbahn“, an dem jährlich 1 000 Kinder und Jugendliche spielerisch in die beruflichen Möglichkeiten der Eisenbahn — die diese Einrichtung voll finanziert — eingeführt werden. Als weiteres für Nordrhein-Westfalen unbekanntes Angebot machten sich die Besucher von Rhein und Ruhr im Haus der Jugend mit 56 Arbeitsgemeinschaften vertraut, vom Ballett bis hin zur künstlerischen Gestaltung. Hier betreuen von acht bis 20.30 Uhr 146 Fachleute täglich rund 3 000 Kinder und Jugendliche. Da in Russland ein Teil der Kinder vormittags, der andere Teil nachmittags Schulunterricht hat, ist ein entsprechendes ganztägiges Freizeitprogramm notwendig. Finanziert wird die Einrichtung durch Schulumt, Eltern und Sponsoren.

Zum Erwerb von mehr Medienkompetenz, das zeigten zahlreiche Gespräche mit russischen Studierenden und Dozenten, kommt dem Internet eine zunehmend wichtige Rolle zu. Darum ist die Regierung der Region bestrebt, alle Schulen mit Computern auszustatten und ans Netz zu bringen. Nur wenigen russischen Familien ist der Zugang zum Netz möglich, da ein PC rund 500 Dollar kostet und für den Anschluss monatliche Kosten von 60 Dollar in Rechnung gestellt werden. Hinzukommen noch die Gebühren von einem Dollar pro Stunde — astronomische Summen, wenn man bedenkt, dass etwa ein russischer Hochschullehrer nur 50 Dollar im Monat verdient.

Ein weiterer Beweis für die Bedeutung, die die russische Seite der nordrhein-westfälischen Delegation unter Leitung von Jürgen Jentsch und Jürgen Hilse, Medienreferent bei der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW, zumaß, war, dass wenige Stunden vor dem Rückflug der Gruppe der Vizegouverneur der Region, Ivan Konovlaov, die Gäste zu einem Arbeitsgespräch einlud. Auch bei dieser Unterredung zeigte sich das starke Interesse an der Weiterführung der Arbeitsprogramme. Als Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit wurden die Themen Computer/Internet und Drogen festgelegt. Die dortige Regierung stellt eine Webseite für Informationen aus Nordrhein-Westfalen zur Verfügung.

Jürgen Jentsch: „Damit können wir erstmalig unsere Vorstellungen zur Diskussion stellen. Wir haben weiter vereinbart, dass Schulen beider Länder gemeinsame Internet-Partnerschaften gründen können.“ Jentsch nannte dabei als Anlaufstelle für Anfragen die Kölner Landesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz NRW (Telefon 0221/9213920). Sein Fazit des Besuchs in Nizhny Novgorod: „Alles in allem ein erfolgreicher Meinungsaustausch unter Freunden, mit denen wir gerne weiter arbeiten möchten.“

Das Team ist der Star Landtagsbrückenlauf über vier Kilometer

Wahrhaft olympisch das Motto, nicht ganz olympisch die Distanz, beachtlich die Leistungsbreite und munter wie immer die Abschlussfeier: So hatten es sich die Organisatoren des 2. Landtagsbrückenlaufes vorgestellt.

Und genau so war es dann auch. Mit leichter Verspätung wurden am 25. Oktober 2000 17 Läuferinnen und Läufer aus verschiedenen Parlamentsbereichen sowie ein leibhaftiger Abgeordneter von Petra Theil auf die gut und gerne 4 km lange Brückenrunde geschickt. Die CDU-Fraktion hatte mit Friedhelm Fritz und Claudia Karstens eine kleine, aber feine Mannschaft aufgestellt. Fritz meldete sich denn auch als unangefochtener Sieger zurück: Karstens stellte eindrucksvoll unter Beweis, dass sie auch ohne Tischtennisschläger gut zu Fuß ist.

Besondere Aufmerksamkeit verdient ein Neuling unter den Wettkampfteilnehmern. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN beendeten zur großen Freude des Organisationskomitees ihre landtagssportliche Turnierabstinenz und schickten mit Gaby Beckmann, Viktor Haase, Almut Bergendahl, Harald Wölter und Susanne Zaß ein auch unter Quotenaspekten voll überzeugendes Quintett ins Rennen.

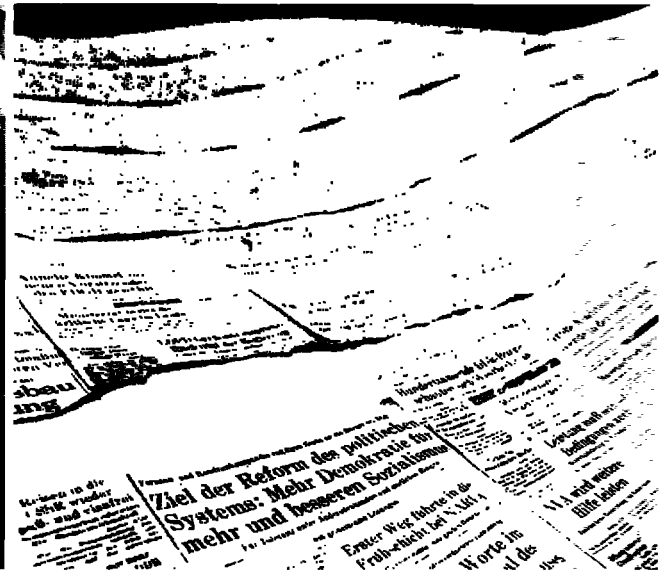
Den größten Erwartungsdruck dürfte wohl der einzige Parlamentarier unter den Athleten verspürt haben. Auf Hans Kraft ruhten die Hoffnungen des Hohen Hauses, insbesondere die Hoffnungen der SPD-Fraktion, die ihn als einzigen Teilnehmer an den Start geschickt hatte. Und der stellvertretende Vorsitzende des Sportausschusses enttäuschte sie nicht. Mit der Spitzengruppe erreichte er locker und leicht das Ziel.

Was aber machte die Landtagsverwaltung, die doch mit Ernst Becker, Jürgen Ockermann und Dirk Eller über erfahrene Marathonläufer verfügt? „Das Team ist der Star“ — unter diesem löblichen Motto boten Melanie Brenzke, Hans Zinnkann, Michael Landwehr, Bernd Schälte, Katie Deutsch und Irmgard Birn im Verein mit den Laufveteranen eine insgesamt gesehen geschlossene Mannschaftsleistung. Als gewiefter Taktiker erwies sich insbesondere der Vertreter der Personalabteilung. Getreu der Devise, „Wer zu spät kommt, hat noch lange nicht verloren“, setzte er die Asse unter Druck und lief dadurch um so sicherer sein Rennen.

Und wo blieb Schneider? Der Ko-Organisator konnte diesmal krankheitsbedingt nicht mitlaufen — möglicherweise ein Opfer seines knochenharten Trainingsprogramms. In Sachen Personaleinsatz bewies auch die Firma Otaro eine glückliche Hand. Mit Maria-Luise Jung stellte sie wieder einmal nachdrücklich klar, dass auch sportlich gesehen mit Küche und Service zu rechnen sein wird.

Ein Herz für Sportler bewies der leidenschaftliche Langstreckler Bernd Hallwass. Verletzungsbedingt am Start gehindert, sorgte er als radeinder Versorgungsposten für die optimale Betreuung der schwitzenden Kolleginnen und Kollegen. Fazit: Der 3. Landtagsbrückenlauf ist Pflicht! *ib*

Stiftungen in NRW und ein Projekt aus Brandenburg



„Stiftungslandschaft NRW, Die Gesellschaft von morgen gestalten“ ist eine Ausstellung überschrieben, die am 7. November im Landtag eröffnet wurde und bis zum 23. November dauert (Bild links). Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßte die Gäste. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Fritz Behrens, sprach ein Geleitwort. Die Einführung erfolgte durch den ersten Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Professor Dr. Axel Freiherr von Campenhausen. Es schloss sich eine Podiumsdiskussion „Zur Rolle von Stiftungen in einer aktiven Bürgergesellschaft“ an, bei der Dr. Fritz Behrens (3. v. r.), Professor Dr. Freiherr von Campenhausen (3. v. l.), die Geschäftsführerin der Haniel Stiftung, Dr. Edith Hagenguth-Werner (l.), der Stifter Dr. Heinz Murmann (2. v. r.) sowie der Stifter und Vorsitzende des Kuratoriums der Schweisfurth-Stiftung, Karl Ludwig Schweisfurth (r.) diskutierten. Die Moderation hatte Johanna Holzhauser (M.) vom WDR. Präsident Schmidt (2. v. l.) zog nach der Aussprache das Resümee, die Ausstellung werde sicherlich verdeutlichen, welches enorme schöpferische Potential die bestehende Stiftungslandschaft in NRW bereits vorweisen könne. Sie werde hoffentlich ebenso aufzeigen, welche ungeheuren Möglichkeiten sich im Stiftungsbereich zusätzlich ergeben könnten, wenn noch mehr Menschen Eigeninitiative entwickelten. Die Ausstellung werde nach der Präsentation im Landtag in die fünf Regierungsbezirke auf Reisen gehen und schließe zur nächsten Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen am 1. Juni 2001 in Köln. — Die zweite Ausstellung, die in der vergangenen Plenarwoche eröffnet wurde, ist ein Projekt der Staatskanzlei des Landes Brandenburg und der dortigen Landeszentrale für politische Bildung zum 10. Jahrestag des Mauerfalls 1999 und „Mauern, Bausteine und Bruchstücke“ überschrieben (Bild rechts). Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete die Ausstellung am 9. November in der Eingangshalle des Landtags und stellte fest, der Termin 9. November sei nicht zufällig. Der 9. November sei „für uns Deutsche“ eines der schlimmsten und beschämendsten Daten in unserer Geschichte (siehe auch Seite 5), er sei aber zugleich auch die Erinnerung an eines der freudigsten Daten der jungen deutschen Geschichte, den Fall der Mauer vom 9. November 1989 und die damit in Verbindung stehende deutsche Einheit. Die Ausstellung aber widme sich vor allem den letzten zehn Jahren des Bestehens der DDR-Gesellschaft. Dokumente, Zeitungsausschnitte, Gedichte und Fotografien erinnerten daran, wie die Menschen hinter, vor, trotz und auch mit der Mauer lebten, im Alltag, im Beruf, in der Freizeit. Im Anschluss an den Präsidenten erläuterte der Künstler und Ausstellungsmacher Martin Hoffmann die Schau.

Fotos: Schälte



Orna Birnbach berichtete über ihren Leidensweg in der NS-Zeit

Die überlebende Jüdin der Ghettos Tarnow und Plaszow sowie der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen, die seit 1964 in Tel Aviv lebt und von 1964 bis 1974 viermal als Zeugin in den Bochumer Prozessen gegen SS-Angehörige aussagte, Orna Birnbach (im linken Bild), hat auf Initiative der GRÜNEN-Fraktion und deren Fraktionsvorsitzender Sylvia Löhrmann den Landtag besucht und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen worden. Frau Birnbach berichtete von ihrem Leidens- und Schicksalsweg, der sie sechs Jahre lang in die Shoa führte. Nach der Befreiung in Bergen-Belsen am 15. April 1945 konnte sie 1946 nach Palästina-Erec fahren, wo sie ihre Mutter wieder traf, die wie durch ein Wunder ebenfalls Auschwitz überlebt hatte. In Bochum sagte Orna Birnbach damals als Zeugin gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer und Ghetto-Leiter von Tarnow, Hermann Blache, aus, der als NS-Täter mit 22-mal lebenslänglich die bis dato höchste Strafe nach Kriegsende wegen Mordes in 22 Fällen erhielt. — Landtagspräsident Ulrich Schmidt (im Bild rechts 3. v. l.) und der erste Landtagsvizepräsident Laurenz Meyer (3. v. r.) haben sich bereit erklärt, Mitglieder im Senat der Stiftung Lebensrettung zu werden. Dann gaben beide dem Vorstand der DLRG Stiftung Lebensrettung Westfalen Gelegenheit sich vorzustellen. Klaus Brings (M.) als Vorsitzender des Vorstandes sowie Manfred Lötgering, Anne Feldmann, Ulrike Fleischer und Joachim Kellermeier berichteten über ihre Arbeit.

Fotos: Schälte

SPD-Fraktion

„Hohe NRW-Standards bei der Entsorgung setzen sich durch“

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt den Verordnungsentwurf der Bundesregierung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen. „Der Entwurf setzt bundeseinheitliche Standards fest, die die Abfallwirtschaft bei uns in Nordrhein-Westfalen schon lange erreicht hat“, kommentierte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Kasperek. Zudem könne der Entwurf, der jetzt dem Bundesrat vorliege, zu mehr Gebührengerechtigkeit beitragen.

„Mit der neuen Verordnung entfallen vielfach missbrauchte Ausnahmeregelungen, die in der Vergangenheit zu billigen, aber ökologisch minderwertigen Abfallbehandlungsanlagen geführt haben“, berichtete Kasperek. So seien z. B. die häufig unterstellten Kostenvorteile mechanisch-biologischer Anlagen durch einen unzureichenden Schutz vor Umweltgefährdungen erkaufte worden. Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen würden zurzeit überwiegend ungekapselt, als offene Freilandrotte, betrieben. Das verschaffe ihnen Kostenvorteile gegenüber Müllverbrennungsanlagen, deren Betrieb an hohe technische Anforderungen gebunden sei. Die neue Verordnung definiere bundeseinheitliche immissionschutzrechtliche Anforderungen. Das erhöhe die Planungssicherheit und sei ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Wildwuchs und dem damit einhergehenden Öko-Dumping bei der Genehmigung solcher

Anlagen. Im weiteren Verfahren sei darauf zu achten, dass die Begrenzung der Emissionen gesundheitsschädigender Keime und die Überwachung der Emissionen im laufenden Betrieb im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes geregelt werde.



Die SPD-Landtagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass mit dem Nachtragshaushalt fünf Millionen Mark für die Laienmusik bereit gestellt werden. „Wir wollen, dass das große Engagement z. B. der Laienchöre nicht nur symbolisch anerkannt wird: die Chance dazu ergab sich jetzt aus den Einnahmen der Oddset-Sportwetten“, berichtete Ernst-Martin Walsken, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag. Der größte Einzelbetrag komme dem Sport zugute, nämlich 17,2 von insgesamt 48 Millionen Mark.

CDU-Fraktion

Zur zukünftigen Rolle der Landesbank in NRW

Die Westdeutsche Landesbank steht als universelle und international tätige Geschäftsbank, als Sparkassenzentralbank und Staats- und Kommunalbank. Als größtes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut in Deutschland steht sie in besonderer Weise im Rampenlicht. Neben den Marktveränderungen im Bankensektor werden notwendige ordnungspolitische Weichenstellungen bei der WestLB besonders deutlich.

Im Laufe der Entwicklung der WestLB zu einem der größten Kreditinstitute in Deutschland hat sich die Bank immer mehr von ihren ursprünglichen öffentlichen Aufgaben entfernt. Ihre Rolle als öffentliche Bank ist deutlich in den Hintergrund gerückt. Dazu kommt, dass die

Westdeutsche Landesbank immer wieder negative Schlagzeilen macht. Auch unabhängig vom Ausgang laufender EU-Verfahren oder der Auswirkungen der Baseler Übereinkunft ist eine Neuausrichtung der WestLB aus politischen und wettbewerbsrechtlichen erforderlich. Sie muss sich an folgenden Anforderungen orientieren:

1. Der Vorrang der privatwirtschaftlichen Aufgabenerledigung gilt auch im Bankensektor. Nur der faire Wettbewerb der Anbieter stellt die größtmögliche Qualität und die Angemessenheit der Preise sicher. Die Gesamtheit der Tätigkeiten der Westdeutschen Landesbank ist durch einen öffentlichen Auftrag nicht mehr gedeckt. Ihr gegenwärtiges unternehmerisches Gesamtengagement und die öffentlich-rechtliche Struktur mit ihren Gewährträgern sind nicht mehr in Einklang zu bringen.
2. Wir wollen die Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen WestLB auf Kernbereiche beschränken. Die öffentlich-rechtliche WestLB soll sich zukünftig auf die Kernbereiche eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts konzentrieren. In diesen Bereichen muss die Westdeutsche Landesbank vor dem Hintergrund der Marktveränderungen gestärkt und auf Dauer gesichert werden.

3. Wir wollen die Aufgabenerfüllung als Einstieg in die Privatisierung. Die Westdeutsche Landesbank muss den bisher innerhalb der öffentlich-rechtlichen Körperschaft tätigen privatwirtschaftlichen Geschäftsbankbereich in ein Institut privater Rechtsform übertragen. Denkbar ist die Übertragung/ Einbringung in eine Aktiengesellschaft als Tochter der WestLB. Dadurch werden die organisatorischen Umstellungen im Bereich des Eigenkapitals erleichtert und der Europa rechtlichen Ansprüchen in wesentlichen Teilen Genüge getan.

4. Die privatrechtliche Tochter der WestLB soll Zug um Zug materiell privatisiert werden. Unter Privatisierung verstehen wir ausdrücklich nicht die Veräußerung durch das Land Nordrhein-Westfalen an die vier anderen derzeitigen Gewährträger. Vielmehr muss dieser Teil der WestLB eine echte qualitative Privatisierung darstellen. Denkbar ist insbesondere die Privatisierung im Rahmen eines Börsengeschäfts nach dem Vorbild der Telekom oder der Deutschen Post.

5. Die Privatisierungserlöse des Landes sollen in ein Sondervermögen eingestellt werden. Aus solch einem Zukunftsfonds sollen Zukunftsinvestitionen in Nordrhein-Westfalen gefördert werden.

FDP-Fraktion

Medienausschuss stimmt FDP-Initiative zu

Einen Erfolg in der Medienpolitik konnte die FDP-Fraktion in der vergangenen Woche verbuchen. Eindeutig stimmte der Medienausschuss des Landtages einem FDP-Entschließungsantrag zur Neuordnung der Deutschen Welle zu. Ziel muss nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Landtag, Dr. Stefan Grüll, sein, einen starken, attraktiven und staatsfreien Auslandsrundfunk zu schaffen. Grüll, der auch medienpolitischer Sprecher

seiner Fraktion ist, sagte: „Der deutsche Auslandsrundfunk hat eine herausragende gesamtstaatliche Bedeutung, weshalb die überfällige Neuordnung dem ritualisierten Parteiengezänk entzogen werden muss. Ich begrüße daher das einmütige Votum des Medienausschusses zu unserem Antrag, mit dem wir die Grundlage für die Fortentwicklung einer strukturell effizienten, finanziell gesicherten und journalistisch eigenständigen Deutschen Welle legen können.“ Als zentrale Forderungen des auf FDP-Initiative gefassten Beschlusses wurde die Wahrung der unabhängigen und staatsfreien Programmverantwortung der Deutschen Welle sowie die Verstärkung der Außenrepräsentanz der Bundesrepublik Deutschland in politischer, gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht festge-

schrieben. Zudem sieht der Beschluss vor, ein zielgruppengerechteres Programmangebot zu entwickeln – vor allem durch Synergien mit den ARD-Landesrundfunkanstalten und dem ZDF. Ebenso wird die Sicherung eines fremdsprachigen DW-Radio und DW-TV-Angebotes als notwendiger Bestandteil des Programmauftrages festgeschrieben. Erfreut zeigte sich Grüll darüber, dass der sachliche und konstruktive Beitrag der FDP bei den anderen Fraktionen offensichtlich Wirkung gezeigt hat: „Mit diesem Beschluss ist nun der Weg für eine konstruktive Diskussion auf der Grundlage der vorgelegten Positionsbeschreibungen frei.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Anhörung zur Zukunft der öffentlichen Dienstleistung

Die grüne Fraktion hat am 7. November eine Anhörung zur „Zukunft der öffentlichen Dienstleistung“ durchgeführt.

Im ersten Teil ging es um das öffentlich-rechtliche Kreditwesen. Grundlage dabei war die neue Mitteilung der EU-Kommission zur Daseinsvorsorge, die von Ronald Felkamp, Generaldirektion Wettbewerb, zunächst kurz skizziert wurde. Felkamp unterstrich, dass Gewährträgerhaftung und Anstaltslast staatliche Garantien darstellen, die der beihilferechtlichen Überprüfung bedürften. Als Prüfkriterien nannte er das Vorliegen einer wirtschaftlichen Betätigung und die Binnenmarktrelevanz. Die Posi-

tion der Sparkassen vertrat Hans Schwarz von der Sparkasse Düsseldorf. Ihm ging es vor allem darum, deutlich zu machen, dass Sparkassen Aufgaben erfüllen, die von den privaten Banken nicht wahrgenommen werden. Im Einzelnen sprach er das Angebot in der Fläche, den Kontrahierungszwang und die Mitfinanzierung der Schuldnerberatung an. Dem hielt Karl Heinz Boos vom Bundesverband Deutscher Banken entgegen, dass Sparkassen und Landesbank durch die staatlichen Garantien erhebliche Refinanzierungsvorteile erzielten. Er betonte, dass es nicht um die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens, sondern um die Sicherung von gleichen Wettbewerbsbedingungen für im gleichen Markt tätige Anbieter gehe. Frau Barbara Leutner vom Deutschen Städtetag wies darauf hin, dass Sparkassen und kommunale Anbieter grundsätzlich nur regional begrenzt anbieten dürfen, gleichzeitig durch EG-Recht aber gezwungen werden, mit überregionalen Anbietern in Wettbewerb zu treten. Sie forderte, über eine Änderung der Gemeindeordnung(n) nachzudenken.

Thema des zweiten Teils war die zukünftige Struktur des ÖPNV, wobei der aktuelle VO-Entwurf der EU im Mit-

punkt stand. Hierzu waren Kurt Oberlinger vom NRW-Verkehrsministerium, Dr. Erhard Schrammeyer von den Kölner Verkehrsbetrieben, Dr. Hartmut Frohner vom Verband der NRW Omnibusunternehmen und Uwe Meiering von der ÖTV eingeladen. Zunächst referierte Oberlinger die Inhalte des VO-Entwurfs, wobei er besonders auf die Vergaberegeln und die vorgesehenen Ausnahmen einging. Diskutiert wurde vor allem die Frage, inwieweit die integrierten Verkehrsverbände unter die Ausnahmen fallen, da sie nicht, wie gefordert, von einem einzigen Anbieter betrieben werden. Übereinstimmend sahen hier alle Teilnehmer Nachbesserungsbedarf. Konsens zeigte sich auch bei der grundsätzlich positiven Bewertung von mehr Wettbewerb. Unterschiede offenbarten sich erst in Bezug auf den Zeitpunkt. So reklamierte Schrammeyer für die kommunalen Verkehrsbetriebe einen Übergangszeitraum von bis zu 10 Jahren, während Frohner eine solche Schutzfrist rigoros ablehnte. Abschließend machte dann Meiering deutlich, dass die Vorbereitung der kommunalen Verkehrsbetriebe auf den Wettbewerb nicht einseitig zu Lasten der Mitarbeiter gehen dürfe.

Steinkohlepolitik

Die notwendige beihilferechtliche Absicherung der deutschen Steinkohlepolitik in Brüssel befinde sich, wie die Kontroverse über die Beihilfegenehmigung 2000 zeige, in einer ausgesprochen schwierigen Phase. Es zeichne sich jedoch auf der Verhandlungsebene Bundesregierung und EU-Kommission eine Lösung in der Beihilfefrage ab, sofern in wesentlichen Eckpunkten Einvernehmen erzielt werde.

Dazu zähle erstens, dass an den Vereinbarungen vom März 1997 und deren unternehmerischer Umsetzung nicht gerüttelt werde. Zu den Eckpunkten zähle zweitens ein gemeinsames Grundverständnis zur langfristigen Perspektive des deutschen Steinkohlebergbaus ab 2006 auf der Basis eines energiepolitisch definierten Sockels. Das erklärte Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) in seiner Antwort auf eine Dringliche Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Edgar Moron am 8. November im Landtag. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) bekräftigte auf eine Frage von Herbert Reul (CDU), die Aussage der Landesregierung werde Bestand haben. „Es wird im Steinkohlenbergbau mit unserer Mitwirkung keine betriebsbedingten Kündigungen geben, das heißt keine – wie wir empfinden – sozialstaatswidrigen Maßnahmen.“

Auch für die Zeit nach 2002, wenn der EGKS-Vertrag ausgelaufen sein werde, und im Hinblick auf den Energiesockel, den man als Landesregierung ins Gespräch gebracht habe, „haben wir den Eindruck – gestützt auf Abreden mit der Bundesregierung –, dass ein Fortschritt erzielt wird“. Auf eine Frage von Dr. Helmut Linssen (CDU) nach der Zukunft, sagte Clement offen, er scheue sich, da Position zu beziehen. Man habe eine Erhöhung der Stilllegungskosten um 1,2 Milliarden Mark zu verzeichnen. Er nehme an, man nähere sich einer Förderung von 20 Millionen Tonnen. „Das ist aus meiner Sicht prinzipiell zu niedrig. Aber vermutlich wird nur diese Größenordnung in Europa haltbar sein.“

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin). Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin: Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer:
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische
Geschäftsführerin: Johannes Rimmel
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer:
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent:
Notker Becker (CDU), Pressesprecher: Michael
Block (FDP), Pressesprecher: Rudolf Schumacher
(GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritlisch Druck und Verlag,
Düsseldorf. Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Friedhelm Ortgies erinnert sich: Der 14. Mai, der Wahltag in Nordrhein-Westfalen, sei der spannendste Abend seines Lebens gewesen. Es war, wie man sagt, eine Zitterpartie. Am Ende hatte der Wahlkreisbewerber Ortgies, der CDU-Kandidat in Minden-Lübbecke I, um 300 Stimmen die Nase vor. Zum ersten Mal seit 20 Jahren konnte der Landwirt aus Rahden den Wahlkreis mit 100 000 Einwohnern wieder für die Union erobern. Auf dem Hof von Ortgies konnte die zweite große Sause innerhalb von zwei Tagen steigen. Denn am 12. Mai war der neue Landtagsabgeordnete 50 Jahre alt geworden.

Im Februar/März dieses Jahres, als täglich die niederschmetternden Meldungen von der CDU-Spendenfront eintrafen, fragte Ortgies oft spätabends seine Frau: „Warum tun wir uns das an? Da hat man sich in einer Urwahl als Kandidat für den Landtag durchgesetzt, da hat man politisch geackert, sich über Rahden hinaus bekannt gemacht bei den potentiellen Wählern. Und dann kommt man zufrieden und müde nach Hause, schaltet die Tagesthemen ein und – rumms: Wieder eine neue Drehung an der Afärenschraube. Im ganzen Leben hat er noch nie einen solchen politischen Stimmungsumschwung erlebt wie in der Phase zwischen dem absoluten CDU-Hoch nach den Kommunalwahlen im September 1999 und den folgenden Tiefs für die Partei nach der Jahreswende. Ortgies hat das als brutal empfunden.

Nun ist er Neuling im Düsseldorfener Parlament. Wehmütig denkt er an die langjährige Ratsarbeit in Rahden, wo es absolute Mehrheiten für seine Partei gibt. Teil der Opposition zu sein: daran muss sich Ortgies gewöhnen. Nicht niedergeschlagen, aber nüchtern stellt er fest: Ja, Anträge könne man stellen, Initiativen ergreifen, aber am Ende lasse nur die Mehrheit die Sonne scheinen. Ortgies' Düsseldorfener Büro ist drei Monate nach dem Wahltag noch kahl an den Wänden. Der Mann hatte offenbar Wichtigeres zu tun, als Bilder aufzuhängen. Ihm fehlt auch, mehr noch als anderen Abgeordneten mit einem zusätzlichen Beruf, Zeit. Mit der Bahn ist er zum Landtag dreieinhalb Stunden unterwegs. Manchmal kommen dann für Hin- und Rückfahrt sieben Stunden zusammen, um an einer zweistündigen Sitzung in Düsseldorf teilzunehmen. Ortgies will kein Mitleid: „Ich wusste es ja vorher, NRW ist eben groß, im Rheinland wird oft gefragt, ob Minden-Lübbecke überhaupt noch zu NRW gehöre.“

Der landwirtschaftliche Betrieb – 110 Hektar, davon 25 Hektar im Eigentum, der Rest Pachtland, muss nun anders organisiert werden. Mit einem befreundeten Berufskollegen (Landwirtschaftsmeister Ortgies sagt nicht: Bauer) besteht eine sich ergänzende Zusammenarbeit. Einen Bauernhof könne man eben nicht wie eine Bütörli zuschließen. Deshalb sind die Ortgies oft getrennt verreis: er eine Woche, seine Frau eine Woche. Der 27-jährige Sohn wird den Hof nicht übernehmen. Man spürt, dass sich Friedhelm Ortgies damit nicht leicht abgefunden hat. Aber er ist Realist genug, um zu sehen, dass Höfe seiner Größenordnung künftig kaum mehr zwei Generationen so ernähren können, dass die Lebensqualität beibehalten werden kann.

Ortgies verlor seinen Vater, als er zehn war. Damit stand fest: Er musste nach der mittleren Reife Bauer werden. Er hat es nicht bereut, ist gerne Landwirt und freut sich immer noch über ein gut stehendes Weizenfeld.



Friedhelm Ortgies (CDU)

Zur CDU kam er 1972, als in Bonn Willy Brandt seine hohe Zeit hatte. Die Ostpolitik behagte dem 22-jährigen Landmann nicht, er spricht von Preisgabe der Ostgebiete und fügt sogleich hinzu, seine Familie gehöre nicht zu den Heimatvertriebenen. In Düsseldorf ist ihm zuallererst daran gelegen, seinen Wahlkreis zu vertreten, da zu sein für die, die ihn gewählt, aber auch für die, die das aus parteipolitischen Gründen nicht getan haben. Ortgies geht es um bessere Verkehrsanbindung im ländlichen Raum. Zur Autobahn braucht er vom Hof in Rahden aus eine knappe Stunde. Er ist nicht vermessen genug zu glauben, dass er als Abgeordneter einen Autobahnanschluss erreichen kann, aber dann sollten wenigstens die bestehenden Straßen und Wege ausgebaut und instand gehalten werden. Auch um den Strukturwandel in seiner Heimatregion will sich der Abgeordnete besonders kümmern und darum, dass ehemalige Landwirte als Fachkräfte im örtlichen Mittelstand Arbeit finden und nicht wegziehen müssen. Ortgies beklagt das Übermaß an Auflagen für deutsche Landwirte. Er hat nichts gegen Ökologie, aber er ist gegen Übertreibungen, die zu Wettbewerbsverzerrungen mit den Bauern in anderen EU-Ländern führten.

Auch diejenigen Journalisten-Ökologen sind ihm ein Dorn im Auge, die „an ihren Hightechschreibcomputern sitzen, ihre Hightechautos steuern und uns Landwirte am liebsten wieder mit dem Ochsenkarren fahren sehen“.

Ortgies, der gerne dort Urlaub macht, wo Wasser ist, fährt ein paar Tage im Jahr Ski, spielt Tennis im Club und macht Touren mit dem Rad, wobei der Weg das Ziel ist. Im August war er in Los Angeles, wo sich der Sohn zu Sprachstudien aufhielt und wo gerade das Nominierungsspektakel des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten bevorstand. Als er im US-Fernsehen zuschaute, wie penetrant man in den Staaten Frau und Kinder für die Kampagne einspannt, wie Al Gore auf offener Bühne seine Frau knutschte und küsste, da dachte der reservert wirkende Westfale voller Abscheu: So ein Mist. Das hat uns hier in Deutschland noch gefehlt.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 15. November bis 5. Dezember 2000

15. 11. **Gerhard Lorth** (CDU), 56 J.
 15. 11. **Werner Bischoff** (SPD), 53 J.
 17. 11. **Monika Brunert-Jetter** (CDU), 45 J.
 22. 11. **Wolfgang Roth** (SPD), 51 J.
 24. 11. **Karl-Heinz Haseloh** (SPD), 54 J.
 24. 11. **Wolfgang Dietrich** (CDU), 49 J.
 29. 11. **Angelika Gemkow** (CDU), 51 J.
 3. 12. **Rolf Stephan Einmahl** (CDU), 51. J.
 3. 12. **Dr. Wilhelm Droste** (CDU), 40 J.
 5. 12. **Willi Nowack** (SPD), 50 J.

★
Dr. Fritz Behrens (SPD), nordrhein-westfälischer Innenminister, ist von der Kirchenleitung in die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland berufen worden. In der Landeskirche sind 3,2 Millionen evangelische Christen zusammengeschlossen.

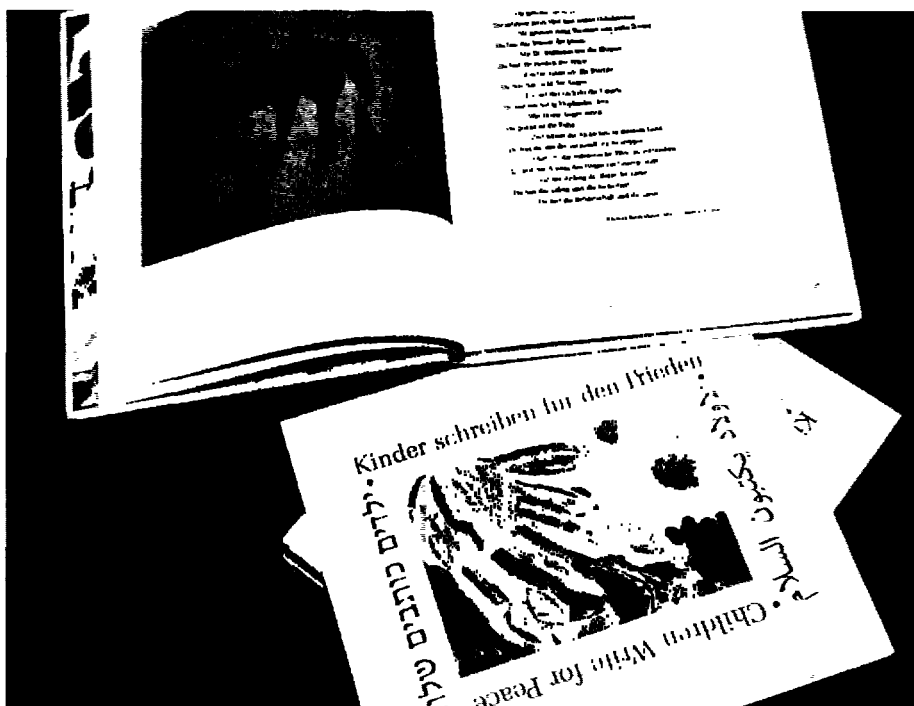
★
Heinrich Kruse (CDU), Landtagsabgeordneter, ist neu in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt worden. Der wissenschaftliche Referent der CDU-Landtagsfraktion, **Hans-Achim Michna**, wurde ins ZdK wiedergewählt. Ebenfalls gehört die Landtagsabgeordnete **Ursula Monheim** (CDU) als Vertreterin des Bistums Köln dem obersten Gremium des Laienkatholizismus in Deutschland an.

★
Bodo Champignon (SPD), Landtagsabgeordneter aus Dortmund und Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, ist in seinem Amt als Beisitzer im Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt bestätigt worden. Auf der AWO-Bundeskonferenz in Würzburg wählten die Delegierten den Abgeordneten für weitere vier Jahre. Champignon, Vorsitzender des Bezirks Westliches Westfalen, ist seit 1992 im höchsten Gremium der AWO Deutschlands vertreten.

★
Jamal Karsli (GRÜNE), Landtagsabgeordneter, ist auf Wahlvorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Nachfolger für die ausgeschiedene Schriftführerin **Brigitte Herrmann** zum Schriftführer des Landtags gewählt worden.

★
Willi Nowack (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 5. Dezember seinen 50. Geburtstag. Der Geschäftsführer aus Essen hat 1969 Abitur gemacht. Er studierte anschließend Rechtswissenschaften an der Ruhruniversität Bochum. 1980 begann er als Versicherungskaufmann. 1985 richtete er ein eigenes Büro für Projektplanung ein, ab 1991 war er als geschäftsführender Gesellschafter der „Büro Nowack, Gesellschaft für Projektplanung mbH“ tätig. Mitglied der SPD wurde Willi Nowack 1969. Er war stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Essen von 1992 bis 25. Februar 2000. Von 1982 bis 1996 hatte er das Amt des Ortsvereinsvorsitzenden der SPD Essen-Altenessen inne. Seit 1975 ist er Mitglied des Rates der Stadt Essen, ab 1992 als SPD-Fraktionsvorsitzender. Dem Landtag gehört er seit dem 1. Juni 1995 an. Er ist ordentliches Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss. Willi Nowack ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Kinder schreiben für den Frieden

„Kinder schreiben für den Frieden“ heißt ein Buch (im Bild oben), das Danny Wieler von der israelischen Institution Givat Haviva in 20 Exemplaren Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 7. November übergab und sich für die Unterstützung durch den Landtag bedankte. Der Präsident erinnerte daran, als vor fast einem Jahr der damalige Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose die Ausstellung „Givat Haviva – Frieden braucht Verständigung“ eröffnet habe, sei man noch voller Hoffnung gewesen, dass der Friedensprozess zwischen Israel und Palästina vorankomme, ja unumkehrbar werde. Nach den Ereignissen der letzten Wochen seien die zarten Pflanzen von Vertrauen und Partnerschaft zertreten. „Ich frage mich, wie sehr es erst Givat Haviva schmerzen muss, die sich tagtäglich darum bemühen, ja geradezu abrackern, Frieden zu stiften, Vertrauen zu bilden, Verständigung zu schaffen. Gleichwohl können, dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass die zarten Pflanzen nachwachsen, weil die Wurzeln – die Sehnsucht nach Frieden, so schwierig die Umsetzung auch ist – weil die Wurzeln noch leben.“ Der Präsident fuhr fort, dass uns Givat Haviva in dieser Zeit, in der der Friedensprozess durch Waffen statt durch Worte geprägt sei, mit einem Buch beehre, in dem Kinder für den Frieden schreiben, jüdische und arabische, mache abermals deutlich, „wie unbeirrbar Sie Ihren Weg fortsetzen“. Das finde unser aller Bewunderung. Ulrich Schmidt berichtete, Givat Haviva, mit 51 Jahren gerade ein Jahr jünger als der Staat Israel selbst, stelle heute mit seinen vielfältigen Aktivitäten eine der wichtigsten Brücken für die jüdisch-arabische Verständigung in Israel und Palästina dar. Es seien zwei Besonderheiten, die Givat Haviva von vielen anderen Institutionen unterscheide. Zum einen werde die Arbeit auf allen Ebenen von Juden und Arabern gleichberechtigt gestaltet. Zum anderen befasse sich die Arbeit von Givat Haviva nicht mit der so genannten „großen Politik“. Vielmehr werde sie geprägt von der Vision, dass wirklicher Frieden in dieser Region nur von den „einfachen“ Menschen gemacht werden könne. Alle verschiedenen Tätigkeitsfelder von Givat Haviva, das jüdisch-arabische Zentrum für den Frieden, das Holocaust-Zentrum „Moreshet“ oder das Kunst- und Kulturzentrum verbinde eine gemeinsame Klammer und die laute: Sprachlosigkeit, gegenseitiges Nichtverstehen überwinden, um gemeinsame Ziele zu schaffen und gemeinsame Wege zu finden. Das gelte auch für das Projekt „Kinder lehren Kinder“, das aus vielen Programmen für die gerade zu Ende gegangene EXPO ausgewählt worden sei und zum Ziel habe, jüdische und arabische Schüler auf die Begegnung vorzubereiten und bei ihrem gemeinsamen Lernprozess pädagogisch zu begleiten. Zum Buch „Kinder schreiben für den Frieden“ sagte der Präsident, er sei sicher, es werde einen eigenständigen Beitrag dabei leisten, Gewaltbereitschaft und Fremdenhass zu ächten sowie Vertrauen und Frieden zu stiften. Schmidt schloss: „Es ist meine große Hoffnung und mein inniger Wunsch, dass Givat Haviva die Kraft behält, die Friedensarbeit trotz – oder gerade wegen – der schlimmen Ereignisse der letzten Wochen fortzusetzen.“

Foto: Schälte